Nr. 18

DAS ROTE TUCH
FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

19. Februar 2010 ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx) Preis: 0,50 €

# Unser Verzicht rettet nur ihre Gewinne !

**Schon vor der Krise waren die Bosse gewohnheitsmäßige Erpresser: „Verzichtet, sonst entlassen wir oder machen den Betrieb dicht“ – wie oft haben wir das nicht zu verstehen bekommen. Die Krise hat sie noch dreister und aggressiver gemacht, in jedem Betrieb und in jeder Branche.**

So gibt es in der Metall- und Elektroindustrie in diesem Jahr keine Lohnerhöhung, sondern für viele Arbeiter sogar weniger Lohn: durch Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld und Senkung der Arbeitszeit. Natürlich alles im Namen der „Sicherung von Arbeitsplätzen“.

Wer soll dieses Märchen noch glauben? Nie hat Lohnverzicht Arbeitsplätze gerettet. Unser Verzicht hat nur die Vermögen der Großaktionäre und Unternehmer gesichert und vergrößert. Und unser Verzicht hat sie selbstsicherer gemacht, hat ihnen das Gefühl gegeben, dass sie uns immer weiter erdrosseln können. Während wir immer mehr vergessen, welche Kraft wir gemeinsam haben.

## Verbot von Massenentlassungen

**Wir werden unsere Arbeitsplätze nicht erhalten können, wenn wir auf den guten Willen der Kapitalisten vertrauen. Wir können sie nur zwingen. Massenentlassungen und Stellenabbau müssen verboten werden! Das erfordert große, tiefgreifende und entschlossene Arbeiterstreiks? Ja. Aber nur so können wir verhindern, dass ein immer größerer Teil von uns in Armut und Elend rutscht; dass sich die einen immer mehr kaputt malochen, während immer mehr von uns auf der Straße stehen.**

Sie sagen, es sei weniger Arbeit da? Und wenn schon: Die ganzen letzten Jahre haben wir immer mehr und schneller arbeiten müssen, ohne dafür mehr Lohn zu bekommen. Dann können sie jetzt das Arbeitstempo auch wieder runter fahren und die bestehende Arbeit unter allen aufteilen – und zwar ohne Lohnverlust.



Das kostet Geld? Ja, das stimmt. Doch Geld gibt es in Massen. Die Rekordgewinne, die die Betriebe über Jahre aus uns herausgepresst haben, sind in die Taschen der großen Aktionäre und Unternehmer geflossen. Und da sind sie noch. Wir haben rund 100 Milliardäre und mehrere hunderttausend Millionäre in Deutschland. Das sind die Besitzer und Aktionäre all der großen Firmen.

Sie wollen von dem Reichtum, den wir geschaffen haben, nichts abgeben, um Arbeitsplätze und Löhne zu erhalten. Im Gegenteil: Solange wir uns nicht wehren, werden sie einen Angriff nach dem anderen gegen uns führen, um auch in der Krise ihr Vermögen weiter erhalten und erhöhen zu können... nur damit sie dann einige hundert Millionen mehr an der Börse verspekulieren können.

## Entweder sie – oder wir

In der Krise heißt es mehr denn je: Entweder sie – oder wir. Sie stellen ihre Forderungen und kämpfen dafür, gegen uns. Auch wir müssen dies wieder schaffen.

Auf die Führung der Gewerkschaften können wir uns dabei allerdings nicht verlassen. Das konnten die Metallarbeiter gerade wieder erleben: Selbst in die Tarifrunde ist die IG Metall ohne konkrete Lohnforderung gegangen. Stattdessen hat sie dort von vornherein staatliche Hilfen für die Unternehmer (!) und Verzicht für die Arbeiter „gefordert“... in Eintracht mit den Arbeitgebern, natürlich.

**Um sich zu verteidigen und ihre lebenswichtigen Interessen durchzusetzen, dürfen die Arbeitenden nur auf sich selber zählen.**

### Arbeitsplatzvernichter Essen

Keiner der 109 Azubis der Stadt Essen soll übernommen werden, ob Koch, Gärtner oder Verwaltungsangestellter. Auch die Zeitverträge bei der Stadt sollen nicht verlängert werden. Das betrifft alleine 110 Erzieherinnen in den Kitas. Sie sind die ersten Opfer der Entlassungspläne der Stadt, die in den nächsten Jahren tausende Arbeitsplätze vernichten will.

Diese Pläne treffen alle: Sie bedeuten noch mehr Stress für die Beschäftigten, die übrig bleiben. Durch sie fehlen noch mehr Arbeitsplätze in Essen. Und sie bedeuten für alle Einwohner eine Verschlechterung des öffentlichen Dienstes, von der Kita bis zur Straßenreinigung. Und das alles, weil der gesamte Staat sich verschuldet und verschuldet, um für die Krise der Banken und Konzerne zu bezahlen!

# Griechenland kann überall sein

**Banken, Spekulanten und Regierung haben Griechenland in einen Abgrund unbezahlbarer Schulden gerissen. Die einfache Bevölkerung soll nun auf drastische Weise dafür bezahlen. Griechenland ist dabei kein Sonderfall: Dasselbe könnte bald auch den Arbeitenden anderer Länder Europas drohen.**

Wie alle Länder hat sich Griechenland seit der Finanzkrise gigantisch verschuldet, um Banken und Konzerne wieder aufzupäppeln. Einmal gerettet, haben diese wenig dankbar reagiert: Seit die griechische Regierung vor einigen Wochen bekannt geben musste, dass ihr Haushaltsloch doppelt so hoch ist wie bislang gesagt, haben sich Banken und Spekulanten auf Griechenland gestürzt.

## Von Banken und Spekulanten ruiniert

Jeder Staat muss seine laufenden Ausgaben durch kurz- und langfristige Kredite regeln. Die Banken verlangen nun aber doppelt so hohe Zinsen von Griechenland wie vorher. Wie bei uns Privatleuten nutzen sie es aus, wenn jemand nicht so „kreditwürdig" ist, um sich an ihm mit hohen Kreditzinsen eine goldene Nase zu verdienen. Diese Zinsen, die auf einen Schlag in die Höhe schossen, haben das Land an den Rand des Abgrunds getrieben. Es steht nun kurz vor dem Bankrott.

Vor allem jedoch hat der drohende Staatsbankrott die Spekulanten auf den Plan gerufen. Auf die Kreditwürdigkeit von Staaten zu spekulieren, ist nämlich die neuste Mode an der Börse geworden. Spekulanten – und das sind alle großen Banken, Industriekonzerne und reichen Privatleute – machen gigantische Gewinne mit Spekulationen auf die Staatsschulden und die dazugehörigen Schuldscheine.




**Proteste gegen die Sparpläne in Athen**

Sie spekulieren sogar auf den Bankrott einzelner Staaten. Als erstes haben sie sich dabei auf das Land gestürzt, das ihrer Meinung nach das schwächste Glied der Euro-Staaten ist: Griechenland. Sie haben großen Gewinn gemacht, indem sie auf eine Verschlimmerung der staatlichen Finanzlage Griechenlands gewettet haben. Und es geht weiter: Ihre nächsten Opfer scheinen Spanien, Portugal und Irland zu werden.

**Kaum hat man sie vor der letzten Katastrophe gerettet, in die sie die Welt mit ihren Spekulationen gestürzt haben, fangen sie schon wieder an zu spekulieren. Sie bereiten die nächste Katastrophe vor, die vielleicht noch schlimmer wird als die vorherige. Denn mit ihren Spekulationen auf einen Staatsbankrott tragen sie dazu bei, den Bankrott hervorzurufen.**

Dass dies dramatische Auswirkungen auf die Bevölkerungen hat, ist ihnen sowieso egal. Doch die Spekulanten wissen, dass dies auch gefährliche Folgen für den Euro und damit für ihr eigenes weltweites Wirtschaftssystem haben könnte. Und trotzdem: Sie denken nur an heute und ihren sofortigen großen Gewinn... egal, ob nach ihnen die Sintflut kommt.

## Und die Bevölkerung soll es bezahlen

Die reichen Banken und Spekulanten zur Verantwortung zu ziehen, um den von ihnen verursachten Bankrott Griechenlands abzuwenden, das will weder die griechische Regierung, noch die Europäische Union. Beide wollen stattdessen die arbeitende Bevölkerung bezahlen lassen.
Und dafür drohen sie: Die griechische Bevölkerung solle gefälligst die drakonischen Sparmaßnahmen, Verschlechterungen, Lohnsenkungen im Öffentlichen Dienst und Steuererhöhungen der Arbeitenden akzeptieren. Sonst würde das Land im Konkurs versinken.

**Doch es bleibt zu hoffen, dass sie mit den Erpressungen bei der einfachen Bevölkerung nicht so einfach durchkommen werden.**

## Duisburg: Thermosocken für RWE?

Die Stadt Duisburg hat 30 „Energiesparhelfer" ausgebildet, die HartzIV-Empfängern „helfen" sollen, Geld bei Strom, Wasser und Wärme zu sparen. Sie sind ausgerüstet mit Messgeräten, mit Energiesparlampen... und vielleicht mit Winterpullis und Thermosocken, damit man gar nicht mehr zu heizen braucht?
Den wahren Kostentreiber werden sie allerdings kaum in den Wohnungen der HartzIV-Empfänger finden. Dafür müssten sie mit ihren Messgeräten schon in die Konzernzentralen von RWE, EON oder Gelsenwasser vorrücken.

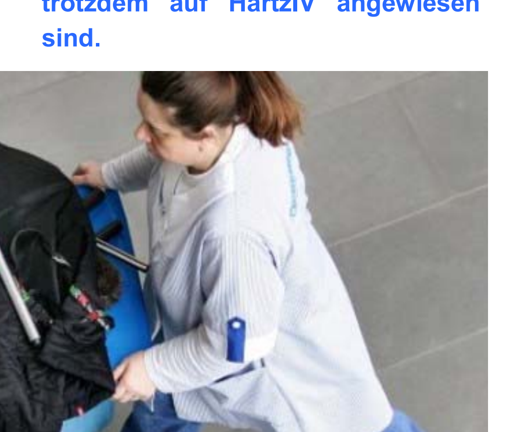
## Sparplan statt Fahrplan

Heimlich ein paar Millionen Euro sparen wollte die Essener Verkehrs-AG mit dem neuen Fahrplan: Sie hat die Wendezeiten, an denen die U-Bahn an der Endhaltestelle Pause macht, gekürzt. Dadurch fährt eine Bahn weniger auf der Strecke. Außerdem gibt es weniger Doppelwagen.
Doch seit der Umstellung herrscht Chaos. An manchen Haltestellen sind die Bahnen total überfüllt. Alle Linien kommen ständig zu spät. Denn Verspätungen können jetzt nicht mehr an den Endhaltestellen aufgefangen werden, und sobald eine Bahn Verspätung hat, wirkt sich das auf alle anderen aus. Pünktlich zur Arbeit kommen, ist ein Lotteriespiel geworden. Und die Fahrer haben ständig Druck und überhaupt keine Erholung mehr an der Endhaltestelle.
Massive Proteste haben erste Verbesserungen gebracht: Die EVAG setzt nun einige Zusatzfahrzeuge und Doppelwagen ein, allerdings nur „übergangsweise". Der Protest zeigt also Wirkung... und muss weiter gehen.

# Nicht weniger HartzIV, sondern höhere Löhne

Um beim rechtesten Teil ihrer Wähler zu punkten, ist sich die FDP für nichts zu schade. Gerade noch hat sie Steuergeschenke für reiche Erben durchgesetzt und so mit öffentlichem Geld den Wohlstand und Besitz derjenigen vermehrt, deren einzige Leistung der „Beruf Sohn“ ist. Und jetzt hetzt derselbe Westerwelle gegen HartzIV-Empfänger, die endlich lernen müssten – so sagt er – dass es „keinen Wohlstand ohne Anstrengung und Leistung gibt“.

Wie höhnisch müssen diese Worte geklungen haben in den Ohren der vielen älteren HartzIV-Empfänger, die nach Jahrzehnten der Maloche auf die Straße geschmissen wurden und nun mit 50 oder 55 Jahren bis zur Rente von den paar Brotkrumen von HartzIV ihr Dasein fristen müssen. „Anstrengung“ und „Leistung“ haben sie ihr Leben lang gebracht, doch das hat nie davor geschützt, in Armut zu leben.




Arbeiten UND Hartz IV — so sieht das wahre Leben heute aus!

**Denn HartzIV bedeutet Armut, und nicht „anstrengungslosen Wohlstand“, wie Westerwelle es nennt.**

Wie zynisch sind seine Worte für all die Opfer der Wirtschaftskrise, der Entlassungswellen und Insolvenzen, für die es keine Arbeitsplätze gibt und die nach einem Jahr in HartzIV rutschen.

## HartzIV trotz Arbeit

Wie verachtend sind sie auch für die hunderttausenden alleinerziehenden Frauen, die zwei oder drei Kinder großziehen, oft noch Teilzeit bei Lidl, einem Pflegedienst oder als Putzfrau arbeiten und trotzdem auf HartzIV angewiesen sind. Sie haben für ihre Kinder gerade 3 Euro am Tag für Essen, 90 Cent im Monat für Spielzeug und nicht einen Cent für Schulbücher zur Verfügung. Und daran wird sich leider auch nichts ändern. Denn die Regierung hat nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes zwar erklärt, HartzIV neu zu berechnen... aber auf keinen Fall zu erhöhen.

**Im Gegensatz zu Westerwelles Lügen gehen ein Drittel der erwerbsfähigen HartzIV-Empfänger regelmäßig arbeiten. Das Drama ist, dass sie so wenig verdienen, dass sie trotzdem auf HartzIV angewiesen sind.**

Weil die Löhne so niedrig sind oder nur Teilzeit- und 400-Euro-Jobs angeboten werden – besonders bei Frauen. Und weil der gesamte öffentliche Dienst und die Sozialverbände in Kindergärten, Altenheimen, bei der Grünpflege usw. massenhaft Arbeitsplätze vernichtet und sie durch 1-Euro-Jobs ersetzt haben. Kindergärtnerinnen oder Pfleger, die früher für Tariflohn ihre Arbeit verrichtet haben, machen heute dieselbe Arbeit... als HartzIV-Empfänger.

Hinzu kommt, dass die Unternehmer die Angst vor Arbeitslosigkeit und HartzIV genutzt haben, um überall die Löhne zu drücken. Mit dem Ergebnis, dass heute Millionen Arbeitende Netto kaum mehr als HartzIV verdienen. Und ja, das ist eine Schande!
Jeder Arbeitende muss von seinem Lohn vernünftig leben können. Doch dafür brauchen wir ausreichend anständig bezahlte Arbeitsplätze, in den Unternehmen wie im Öffentlichen Dienst. Und letztendlich brauchen wir alle ordentliche Lohnerhöhungen.

## Reiche und Sklaven – wie in Rom

Anders als ein Westerwelle uns glauben machen will, haben diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben und diejenigen, die Arbeit suchen, die gleichen Interessen. Sie sitzen im selben Boot. Und derselbe Arbeiter, der heute eine Arbeit hat, kann morgen arbeitslos sein, übermorgen eine befristete Stelle haben...

**Zu „Wohlstand“ kommen wir Arbeitende in dieser Gesellschaft alle nicht. Weder, wenn man sich kaputt arbeitet, noch wenn man verzweifelt Arbeit sucht. Reich werden von unserer Arbeit und auch von dem Ausspielen von Arbeitenden und Arbeitsuchenden ganz andere: die reichen Kapitalisten und Großaktionäre, die selber in ihrem Leben oft nicht einen Tag arbeiten mussten.**

Und so erinnert Westerwelle wirklich an „die spätrömische Dekadenz“. Wie damals liegen die reichen Eliten bequem im Sessel, stopfen sich voll und schimpfen noch darüber, wie faul ihre Sklaven sind, die ihnen nicht schnell genug die Weintrauben bringen... bis zu dem Tag, wo den Sklaven der Kragen platzte und sie in großen Aufständen die Bonzen aus ihren Sesseln aufscheuchten.

## Essens Kita-Plätzchen

In den Essener Kitas wird ein Loch zugestopft, indem man ein anderes aufreißt. Um die Schaffung der dringend nötigen Plätze für unter 3jährige zu bezahlen, sollen Ganztagsplätze für 3-6jährige in Halbtagsplätze umgewandelt werden. Fehlt das Ganztagsangebot, bleibt vielen Müttern nur noch, zuhause zu bleiben oder im besten Fall ein Teilzeitjob.
Während der Landtagswahlkampf gerade zu einer Hetzkampagne gegen HartzIV-Empfänger wird, werden so vor allem Frauen zwangsweise zu HartzIV-Empfängerinnen gemacht.

## Warnstreiks im Öffentlichen Dienst: Weiter so!

Über hunderttausend Beschäftigte im öffentlichen Dienst forderten bei Warnstreiks insgesamt 5 % mehr Geld: für die Übernahme von Azubis, die Altersteilzeit und für höhere Löhne. Die Arbeitgeber von Bund und Städten schreien, 5% würden die Städte in die Pleite treiben. Dann müsste man Arbeitende entlassen. Welch eine Lüge!

Die Forderungen der Beschäftigten sind nichts im Vergleich zu den enormen Summen, die derselbe Staat seit Beginn der Krise Unternehmen und Banken geschenkt hat… und die von denen jetzt verspekuliert werden. Das



Quelle: www.derwesten.de

Geld für die Löhne würde hingegen in den Taschen der Arbeitenden landen – bei denjenigen, die die Städte durch ihre Arbeit am Leben halten, bei der Müllabfuhr, in den Kindergärten und Krankenhäusern. Sie haben es sich mehr als verdient.

## Zusatzbeiträge: Ein Geschenk an die Unternehmer

Bis zu 1% vom Bruttolohn oder 8 Euro pauschal müssen viele Arbeitende nun als Zusatzbeitrag für die Krankenversicherung bezahlen. Erst im letzten Jahr hat die CDU-SPD-Regierung den Beitragssatz für Arbeitende und Unternehmen gesenkt. Mit den Zusatzbeiträgen wird er jetzt wieder erhöht... aber nur für die Versicherten, nicht für die Arbeitgeber. Das Ganze war also einzig ein verstecktes Geschenk an die Unternehmer.

Immer weiter stehlen die sich nämlich aus der Krankenversicherung hinaus. Stattdessen halsen sie uns scheibchenweise die Kosten auf: Mit der Einführung der Praxisgebühr, mit allen möglichen Zuzahlungen und Eigenleistungen, dem Sonderbeitrag von 0,9 Prozent und jetzt den Zusatzbeiträgen. Die Versicherten tragen mittlerweile fast 60% der Kosten, die Arbeitgeber nur noch 40%. Und die nächste Gesundheits“reform“ in dieser Richtung ist schon in Arbeit. Gegen diese Reformkrankheit sollten wir wirklich dringend einen Impfstoff entwickeln.

## Steuer-CD: Die Spitze des (Geld)-Berges

Wie viele gut Betuchte haben sich nicht hektisch selber angezeigt, seit die Steuer-CD aus der Schweiz aufgetaucht ist. Bereits jetzt sind so weit über 100 Millionen Euro zusammengekommen, ohne dass die Daten der CD überhaupt ausgewertet wurden. Und das ist nur ein winziger Bruchteil von dem, was allein auf illegalem Weg durch den reicheren Teil der Bevölkerung an Steuern unterschlagen wird.

Es gibt eine kleine Idee davon, was möglich wäre, wenn Reiche und Firmen wirklich konsequent überprüft würden. Der Bundesrechnungshof schätzt, dass eine regelmäßige Überprüfung der rund 15.000 reichsten Menschen, die mehr als eine halbe Million Euro im Jahr an Einkommen haben, jährlich mindestens 12 Milliarden (!) Euro mehr an Steuern einbringen würde.
Doch darauf wird man bei der Regierung lange warten können. Die senkt ihren reichen Freunden lieber gleich die Steuern.

## Ein Herz für Ausbeuter

Das Bundesverwaltungsgericht hat den Post-Mindestlohn gestoppt. Die privaten Postfirmen dürfen nun weiter ihre Arbeiter für 4 oder 5 Euro die Stunde ausbeuten. Die Begründung der Richter lautet: Die privaten Postfirmen seien „in ihren Rechten verletzt worden“.
Anders als diese Kapitalisten haben die Menschen, die für einen Hungerlohn schuften müssen, anscheinend keine Rechte – zumindest vor Gericht.

**Kölner U-Bahn:**

## Außer Kontrolle

2 Menschen riss der Einsturz des Kölner Stadtarchivs im letzten Jahr in den Tod. Und nun ist die U-Bahn-Baustelle durch das Hochwasser erneut einsturzgefährdet. Beides könnte dieselbe Ursache haben: In die Schutzwände wurden bis zu 80% (!) der nötigen Stahlbügel nicht eingebaut, und auch zu wenig Beton.
Spätestens bei Kontrollen und Abnahmen hätte das Ganze auffallen müssen. Doch die Bezirksregierung Düsseldorf hat die Verkehrsbetriebe, also den Bauherrn selber, mit der Bauaufsicht beauftragt. Das ist ungefähr so, als wenn man einen Raubmörder damit beauftragt, sich selber zu verfolgen und zu verhaften!

Doch auf dem Bau ist genau das heute üblich. Seit den 80er Jahren wurde nämlich die öffentliche Bauaufsicht drastisch zurückgefahren, im Namen des ‚Abbaus von Bürokratie‘.
„Personal, das unabhängig kontrollieren kann, ist einfach nicht mehr vorhanden“, erklärt Heinrich Bökamp, Präsident der Ingenieurkammer NRW: „Praktisch alle Kommunen haben in den letzten Jahren Ingenieure und Techniker eingespart. Das betrifft nicht nur U-Bahnen, sondern auch viele andere Bauwerke, wo niemand mehr hinguckt.“

Und so regiert hier ungehindert und unkontrolliert das Gesetz des Geldes, des Profits. Dafür wird auf den Baustellen jeden Tag das Leben von Arbeitern gefährdet. Dafür wird ständig bei Material und Arbeit gepfuscht – auch wenn dies Katastrophen auslösen könnte... wie bei der ICE-Strecke Frankfurt-Köln, beim Berliner Hbf, in Bad Reichenhall oder jetzt in Köln.

**Wollen Sie uns erreichen?**

**DAS ROTE TUCH** -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

**E-Mail:** das-rote-tuch@gmx.de

**Telefon:** 0157 – 76493485